

Haushaltsrede der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Haushalt 2010

Gehalten von: Klaus-Dieter Bartel

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

problematisch, aber nicht dramatisch – so stellt sich für uns die Haushaltslage dar. Noch vor wenigen Jahren – in der damals noch heilen Welt der Kameralistik - wären unsere Finanzen als „grundsolide“ bezeichnet worden. Vorweg die eher erfreulichen Eckdaten:

Eine Prokopfverschuldung von weniger als 400 €, in 2010 keine neue Kreditaufnahme. Aber das NKF, ganz Kind einer betriebswirtschaftlich orientierten Ära, setzt andere Maßstäbe. So können auch wir – wie 90 % der Gemeinden – nicht mehr von einem strukturell ausgeglichenen Haushalt sprechen.

Neben der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise wird sich das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung als neuerliche Plage für die Städte erweisen - jährlich lässt es die Einnahmen der NRW-Kommunen um ca. 350 Mio. € schrumpfen. Und weitere Steuersenkungen sind spätestens ab 2012 geplant. Dabei ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung – wie wir finden – der richtigen Auffassung, dass ein handlungsfähiges, dem sozialen Ausgleich verpflichtetes Gemeinwesen finanziell gut ausgestattet sein muss um in Krisenzeiten zu bestehen.

Wir Grüne befürworten eine kostenbewusste Ausgabenpolitik. Aber ein „Sparen, Streichen, Senken“ um jeden Preis wird den ökologischen, sozialen und bildungspolitischen Erfordernissen nicht gerecht.

Zudem muss Hilden im Wettbewerb mit anderen Gemeinden konkurrenzfähig bleiben. Gut ausgestattete und für den einzelnen bezahlbare Einrichtungen wie Musikschule, Bücherei, VHS, etc. sind wichtiger Bestandteil der sogenannten weichen Standortfaktoren.

Der uneingeschränkte Erhalt dieser Angebote macht uns letztendlich für Familien und ansiedlungsbereitete Firmen attraktiv. Hier den Rotstift anzusetzen bedeutet am falschen Ende zu sparen und langfristig draufzuzahlen. Externe Berater – wie jetzt beschlossen- mit der Suche nach Einsparpotentialen zu beauftragen, halten wir zumindest für verfrüht. Wir befürchten, dass am Ende ein sehr, sehr teures Gutachten stehen wird, das schon bald in den Fraktionsbüros und städt. Schubladen verstaubt. Zudem sind auch professionelle Sparkommissare unterschiedlichen Denkschulen verpflichtet, deren jeweilige Sichtweise man nicht teilen muss und über deren Empfehlungen es sich dann wieder trefflich streiten lässt.

Unseren Schwerpunkten Klimaschutz, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe ärmerer Hildener sind wir bei unseren Anträgen auch in diesem Jahr treu geblieben.

Der lange Winter ließ uns wenig von der Erderwärmung spüren. Dennoch: Die Beschränkung des weltweiten Temperaturanstiegs auf gerade noch akzeptable zwei Grad erfordert unseren vollen Einsatz. Ambitionierter Klimaschutz gerade auch der Gemeinden stellt aber nicht nur ein Gebot der Fairness gegenüber zukünftigen Generationen und den von den Folgen der Erderwärmung besonders betroffenen Menschen der III. Welt dar. Er bietet zugleich die Chance, gewaltige Einsparpotentiale zu nutzen und dadurch zukünftige Haushalte zu entlasten.

In Hilden – dies haben wir häufig kritisiert – besteht hier weiterhin ein großer Nachholbedarf; vorsichtiger Optimismus ist dennoch angebracht. So könnten die endlich vorliegenden Gutachten zur energetischen Optimierung städt. Liegenschaften, speziell auch des Holterhöfchens, zur Grundlage eines ehrgeizigen Modernisierungsprogramms werden. Bei 23 der rund 100 untersuchten Gebäude außerhalb des Schulzentrums besteht demnach ein umfangreicher, bis 2015 umzusetzender Handlungsbedarf, für 40 weitere Objekte wurde ein deutliches, bis 2020 in Angriff zu nehmendes Sanierungspotential festgestellt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten den städt. Energieverbrauch um ein ganzes Drittel senken. Auch wenn die Prioritätensetzung des Gutachtens noch einer weiteren Kosten/Nutzen-Analyse bedarf, ist dennoch klar: Durch zahlreiche energetische Verbesserungen lässt sich eine Menge Geld einsparen. Erwähnenswert auch, dass sich viele Dachflächen – darunter auch die der großen Schulen im Holterhöfchen - grundsätzlich für die Installation von Fotovoltaikanlagen eignen.

Solche Investitionen rentieren sich derzeit - dank der Einspeisevergütung nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz – bereits nach etwa 10 Jahren. Die Dächer sollten daher unverzüglich hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit untersucht werden, um die Einnahmequelle „Sonne“ möglichst noch zu den bis zum 1. Juli gültigen, besseren Förderkonditionen zu nutzen.

Bürgerinnen und Bürger zu eigenen Anstrengungen zu motivieren, ist ebenfalls unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen Klimaschutzpolitik. Dies funktioniert nicht ohne entsprechende Angebote und Hilfestellungen. Die aufgrund unseres Antrags beschlossene Einrichtung eines Energieberatungsstützpunktes oder die von den Stadtwerken in Angriff genommene Entwicklung eines von den Hildenern abrufbaren Solarkatasters sind da gute Ansätze. Auch stimmt uns die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung optimistisch. Sie muss aber „personell“ ausreichend unterfüttert werden, um – wie es der Bürgermeister ausdrückte – kein „Papiertiger“ zu sein.

Insgesamt haben wir den Eindruck, dass Ökologie in Rat und Verwaltung etwas größer geschrieben wird als in der Vergangenheit. Vielleicht war die Einrichtung eines Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz ja doch deutlich mehr als reine Symbolik.

Im Sommer beschlossen wir gemeinsam mit CDU, SPD und dUH den Bau einer 3-fach-Sporthalle im Holterhöfchen – wir betrachten dies als wichtigen Beitrag für eine zeitgemäße Bildungspolitik. Das Turboabitur nach der 12. Klasse hat den Alltag der

Schülerinnen und Schüler einschneidend verändert: weniger Freizeit, weniger Raum für nachmittägliche Sportaktivitäten, mehr Schulstress, der nach körperlichem Ausgleich verlangt. Lange Fußwege zur Sporthalle, die die Unterrichtsdauer halbieren und kurze Sporteinheiten zwischendrin nicht zulassen, sind den ohnehin stark belasteten Jugendlichen nicht mehr zuzumuten. Die Entscheidung war richtig und darf daher nicht halbherzig oder mit vielen Abstrichen umgesetzt werden. Der Versuch der „neuen“ CDU, den Beschluss vom 26. August umzudeuten, musste von Politik und Bürgerinnen und Bürger als Ausstiegsszenario wahrgenommen werden. Denn allen Beteiligten war im letzten Sommer klar, dass die Deckelung auf 5 Mio. € keinesfalls die Zinsen des Kapitaldienstes beinhaltet. Der Sturm im Wasserglas ist glücklicherweise vorbei ... Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und besonders die betroffenen Kinder und Jugendlichen des Schulzentrums können wieder aufatmen.

Die Verfechter der angeblich so günstigen Sanierung der Fabriciushalle ignorieren nicht nur elementare Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, sondern nehmen Kosten von rund 3 Mio. € für die Wiederherstellung und Modernisierung eines über 50 Jahren alten Funktionsgebäudes billigend in Kauf.

Auch hier ein weiterer Hinweis zum Thema „Sparen“. Wenn es um das Interesse eines relativ kleinen, aber sehr öffentlichkeitswirksam agierenden Sportvereins wie den Wains geht, scheint eine Allianz aus CDU, FDP und BA den Blick für eine solide Finanzpolitik zu verlieren. Da soll eine städtische Gesellschaft in Vorleistung treten und auf eigene Kosten eine Baseball-Anlage errichten – und dies ohne Aussicht auf eine Refinanzierung durch die Pacht.

Gleichzeitig soll ein teures Gewerbegrundstück rechnerisch deutlich abgewertet werden, um so künstlich die Aufwendungen für den Verein zu senken. Da spielt es keine Rolle, dass ein Teil des Gewerbegebietes entweder dauerhaft blockiert wird oder mittelfristig die Errichtung einer Neuanlage an anderer Stelle ansteht, bei der die Stadt vermutlich wieder zur Kasse gebeten wird. Ein kurzer Vergleich: bei den Wains sind maximal 50, 60 Menschen aktiv, von der 3-fach-Sporthalle profitieren mehr als 1000 Schülerinnen und Schüler sowie zahlreiche Vereinssportler.

Ein dritter Schwerpunkt grüner Politik: keine Hildenerin, keiner Hildener darf vom sozialen und kulturellen Leben der Stadt aufgrund ihrer/seiner finanziellen Lage ausgeschlossen werden! Dies gilt nicht nur für Bezieher von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II sondern auch für Menschen, die – da kein gesetzlich verankerter Mindestlohn existiert – nur über wenig mehr als dem Existenzminimum verfügen. Wir beantragten daher die Ausweitung des ItterPasses auf Hildenerinnen und Hildener, deren Einkommen bis zu 10 % über den Sätzen von Hartz IV liegt. Jetzt wird erst einmal geprüft, ob dies personalkostenneutral möglich ist. Bei Vergünstigungen für Ärmere tun sich die Fraktionen bedauerlicherweise immer noch schwer. Manchmal sind sogar deutliche Rückschritte zu beklagen: So sieht die neue Gebührenordnung der VHS eine empfindliche Verschlechterung für finanzschwächere Teilnehmer vor. Dies passt nicht zu der in Sonntagsreden immer wieder erhobenen Forderung, dass der Zugang zu Bildung keinesfalls vom finanziellen Status abhängen darf.

Die von uns erfolglos beantragte Ausweitung kostenloser Kulturveranstaltungen im

öffentlichen Raum käme gerade auch ärmeren Menschen zugute. Gleichzeitig wäre dies eine relativ günstige Form der Wirtschaftsförderung, durch die die Attraktivität unserer durch zahlreiche Geschäftsschließungen angeschlagenen Einkaufsstadt erhöht werden könnte.

Und da wären wir bei der Stadtplanung! Von der Diskussion über die Gestaltung des Ellen-Wiederholdplatzes mussten wir uns leider weitgehend verabschieden, da sich unsere Vorstellungen grundlegend von denen der anderen Fraktionen unterscheiden. Wir wollten an dieser Stelle einen stark begrünten, mit vielen Sitzmöglichkeiten bestückten Ort schaffen, der zum Verweilen einlädt. Beim aktuellen Parteienstreit geht es aber lediglich darum, wie teuer ein weiterer Veranstaltungsplatz werden darf und wer letztendlich dafür zahlt.

Das Gelände der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule ist die letzte größere bebaubare Fläche in Hilden. Sie sollte entsprechend behutsam, ohne zeitlichen Druck und unter Beteiligung möglichst vieler Akteure einer maßvollen Bebauung zugeführt werden. Unserer Auffassung nach sollte im Vorfeld des städtebaulichen Wettbewerbs eine öffentliche Info-Veranstaltung stattfinden, in der Expertinnen und Experten u.a. besonders gelungene, familienfreundliche Bauprojekte entsprechender Größenordnung vorstellen. Dadurch wollen wir eine breite öffentliche Diskussion zur Zukunft des Geländes angestoßen und Verwaltung und Kommunalpolitik in die Lage versetzen, klare, in der Bevölkerung weitgehend konsensfähige Vorstellungen zu dem geplanten Baugebiet zu entwickeln (Freiflächen, Klimaschutz, Zusammensetzung der Bewohnerschaft, etc.). Diese sollten dann in die Vorgaben zum städtebaulichen Wettbewerb einfließen.

Bei dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren spielt Bürgerbeteiligung – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle.

Zum Jahresbeginn bestimmten die „Vergaben an die IGH“ die Schlagzeilen. CDU und BA erkannten klare, für jeden Jungjuristen unübersehbare Verstöße gegen geltendes Recht. Das Gutachten von RWP kommt hingegen zu einer völlig anderen Bewertung. Schon ist von einer Verteidigungsschrift für die Stadtverwaltung die Rede. Wir glauben nicht, dass es sich ein Gutachter erlauben kann, eine angeblich eindeutige Gesetzeslage vollständig zu ignorieren. Wir sind deshalb der Auffassung, dass es nun an der Zeit ist, sich beim Bürgermeister und seinen Mitarbeitern zu entschuldigen. Wichtig ist für uns jetzt: Der Umbau des Kolpinghauses muss ohne weitere Verzögerungen in Angriff genommen werden, um die bei den derzeitigen Nutzern des Reichshofgeländes entstandenen Verunsicherungen zu entkräften.

Am 30. August wurde unser Baudezernent zum Bürgermeister gewählt. Er muss nunmehr die Verwaltung leiten und zusätzlich zahlreiche repräsentative Pflichten erfüllen. Das Baudezernat verlangt jedoch ungeteilte Aufmerksamkeit – Bürgerinnen und Bürger im Umfeld von Baumaßnahmen zeigen sich zunehmend kritischer und konfliktbereiter; die Rechtsprechung sorgt darüber hinaus für immer neue Fallstricke. Wir werben deshalb eindringlich dafür, dieses schwierige Amt baldmöglichst auszuschreiben und mit einer qualifizierten Fachfrau, einem qualifizierten Fachmann zu besetzen. Eine Auswahl nach Parteibuch lehnen wir jedoch ab – nicht zuletzt, um

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauamtes in Zukunft stärker aus der Schusslinie parteipolitischer Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Ich komme zum Schluss!

Der zur Abstimmung stehende Haushalt ist aus grüner Sicht durchaus verbesserungsfähig. Auch führten einige für uns wichtige Anliegen bislang leider nur zu Prüfaufträgen. Dennoch: der Hildener Haushalt 2010 setzt in schwierigen Zeiten richtige Akzente – wir werden ihm daher zustimmen.